

Interview
10 Fragen an
Mag. Unterköfler

Top Thema
Die willigen Helfer
der OK

Bericht:
Die Parallelwelt des
Berliner Clans

05/13

kripo.at



VEREINIGUNG
KRIMINALDIENST
ÖSTERREICH



SCHATTEN- WIRTSCHAFT

Die einen stehen im Schatten ...

Als die Redaktionsmitglieder von kripo.at darüber diskutierten, was man als Leitthema für die Oktober-Ausgabe nehmen könnte, wurde der Vorschlag „Schattenwirtschaft“ freudig angenommen. Während andere vorgeschlagenen Themen kaum Anklang fanden, wussten alle etwas zu diesem Thema zu berichten.

Wieso konnte über Schattenwirtschaft jeder etwas sagen, während über die Themen Forensische Gerontologie, digitale Ermittlungsmethoden oder Oderologie kaum Wortmeldungen kamen? Natürlich, weil jeder von uns schon mit Schattenwirtschaft Erfahrungen gemacht hat. Die Schattenwirtschaft, vielleicht besser als Pfuscher oder Schwarzarbeit bekannt, ist ein Delikt mit dem praktisch jedermann konfrontiert ist. Die Frage „brauchen's a Rechnung?“ hat jeder schon gehört, und Hand aufs Herz, haben Sie immer auf eine Rechnung verzichtet? Die Mehrwertsteuer zu ersparen lockt halt schon. Es müssen ganz schön viele gewesen sein, die auf eine Rechnung verzichtet haben, sonst kämen die Berechnungen nicht auf 1,7 Milliarden Euro Umsatz für die Schattenwirtschaft bei uns.

„Pfuscher happens“, entspricht der Wirklichkeit.

Natürlich prügeln Wirtschaftskammer, Unternehmerverbände und staatliche Stellen auf die Pfuscher ein. Diese Bösen sind schuld, dass dem Staat und den legalen Unternehmen Millionen an Steuern und Unternehmensgewinnen verloren gehen. „Jagt die Pfuscher“ heißt es dann. Und wie bei jeder Jagd gibt es Kollateralschäden. Nachbarschaftshilfe, eine der letzten menschlichen Verbindungen in einer digitalisierten Welt, wird in eine Reihe mit Schwerekriminalität gestellt.

Während man die Kleinen "hängt", lachen sich die wirklichen Gewinner der Schattenwirtschaft ins Fäustchen. Der Pfuscher, welcher sich über 100 Euro freut, die er tatsächlich erarbeitet hat, ist ein armes Würstchen. Andere scheffeln Millionen mit einem Knopfdruck – und alles an der Steuer vorbei. Wer das ist: die Schattenbanken. Gemeint sind nicht dubiose Geldverleiher in einem Hinterhof, sondern Finanzfonds, private Equity-Fonds, Offshore-Stiftungen, Hedgefonds und ähnliche Geldmaschinen. Die Repräsentanten dieser Zweckgemeinschaften agieren natürlich im gesetzlichen Rahmen, sind sie doch nicht selten die Tochterfirmen renommierter Banken. Neben dem traditionellen Bankensystem wurde in den letzten Jahren dieses „fern jeder Steuerpflicht“ agierende System aufgebaut. Wie die letzte Finanzkrise könnte auch dieses System irgendwann dem „braven Steuerzahler“ auf den Kopf fallen. Laut einer Untersuchung des „Financial Stability Board“ war der Umsatz dieses Systems im Jahre 2002 rund 27 Billionen Dollar und hat sich bis 2011 auf 67 Billionen erhöht. Immerhin ist das bereits ein Viertel des Gesamtumsatzes des weltweiten Kapitalmarktes und 38% der Verbindlichkeiten von Banken.

Es war die vielgeschmähte EU, die 2012 erkannte, dass hier ein System neben dem Bankenwesen und neben der Steuer entstanden war, und verlangte Regulierungen. Man erkannte, dass ein Crash dieses undurchsichtigen Systems auch das traditionelle Bankensystem in eine neue Krise führen würde. Der EU-Kommissar für den Binnenmarkt, Michel Barnier, verlangte, dass dieses bankenähnliche System an die Leine genommen werde. Die Krümmung von Gurken zu bestimmen war sicher einfacher.

„Die Einen stehen im Schatten und die Anderen stehen im Licht“ heißt es so treffend in der Drei-Groschen-Oper. Es wäre an der Zeit, dass man die Schattenbanken ans Licht holt und nicht nur den Pfuscher als staatsgefährdend ansieht.

Richard Benda
Präsident



news

Nationale & Internationale	5
Shortcuts	

top-thema

- Wo viel Licht ist, ...	6
- Scheinfirmer und Massenankündigungen	9
- Die willigen Helfer der organisierten Kriminalität	17
- Pfuscher, Pleiten & Profite	23

interview

- 10 Fragen an Mag. Rudolf Unterköfler	7
--	---

kriminalität

- Tabuthema Alterskriminalität	13
--------------------------------	----

intern

- Leserbrief	18
- Generationenwechsel	18
- Übungsschießen: Sonnenschein und Pulverdampf	19
- Vollversammlung 2013	19
- kripo.at Rätsel	

technik

- Filzstift knackt Hoteltür	25
-----------------------------	----

bericht

- Die Parallelwelten der Mhallamiye-Clans	26
- Corleone - Normalität	29

kommentar

Pfuscher unter sich	33
---------------------	----

mix

- Einmal Polizist, immer Polizist	25
- Sicherheitskonferenz	34
- Buchtipp	34

Italien: Minisensor - Geringste Mengen giftiger Gase erkennen



Ein in Italien neu entwickelter Hightech-Sensor kann selbst kleinste Mengen an giftigen Gasen und anderer Schadstoffsubstanzen identifizieren. Mithilfe des fotoakustischen "Diapason" lassen sich ohne großen Kostenaufwand selbst Moleküle in minimaler Konzentration aufspüren, wie Forscher des Istituto Nanoscienze berichten.

Die Funktionsweise des nur drei Zentimeter großen Prototypen ist ebenso einfach wie einleuchtend: Ein intermittierender mit Terahertz-Frequenzen arbeitender Laserstrahl, in regelmäßigen Abständen erhitzt und wieder abgekühlt, erzeugt beim Zusammentreffen mit den Gasmolekülen akustische Wellen. Diese wiederum setzen den kleinen aus Quarz gefertigten Diapason in Abhängigkeit der jeweiligen Gaskonzentration in Bewegung. Aufgespürt werden können selbst mehrere milliardenfach verdünnte Substanzen.

Diapason ist ein hochempfindlicher Sensor, der sich gleichzeitig durch seine geringen Abmessungen, niedrigen Kosten und das Auskommen ohne Kryotechnik auszeichnet. Damit öffne sich eine Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten vor allem auch Sicherheitsbereich.

Deutschland: Masterstudiengang für Kriminalisten

Der Wunsch nach besserer Qualifikation von Kriminalisten wird in der Praxis und auch von Polizeigewerkschaften immer wieder vorgebracht. Es gibt erste Angebote, z.B. den "Master of Arts Criminal Investigation" der privaten Steinbeis-Hochschule in Berlin <http://www.school-grc.de/studium/master-of-arts-criminal-investigation.html>, den der BdK mit drei Teil-Stipendien unterstützt:

<http://www.school-grc.de/index.php?id=326>. Allerdings fallen dort für das zweijährige Studium Gebühren in Höhe von 29.000.- Euro an. Zum Vergleich:

Der akkreditierte Bochumer Masterstudiengang "Kriminologie und Polizeiwissenschaft" an einer staatlichen Universität www.makrim.de verlangt für die gleiche Studienzeit und einen gleichwertigen Abschluss weniger als 4.000.- Euro Studiengebühren - allerdings muss man dort ein aufwändiges Auswahlverfahren bestehen.



USA: E-Nummernschilder denkbar

Der US-Bundesstaat South Carolina erwägt den Einsatz elektronischer Autokennzeichen. Davon würden das Department of Motorvehicles, die US-Zulassungsstelle und die Strafverfolgungsbehörden profitieren. Sie könnten Nachrichten direkt auf die Rückseite eines entsprechenden Nummernschildes einfügen.



Wird ein Auto ohne Registrierung und Grundversicherung gefahren, so könnten Meldungen wie "unversichert" oder "gesperrt" abgebildet werden. Im Falle eines Diebstahls ließen sich zudem Wagen mittels digitaler Anzeige auch als "gestohlen" klassifizieren.

Experten zufolge birgt das digitale Autokennzeichen aber nicht nur Vorteile. "Überall dort, wo Technik zum Einsatz kommt, kann diese auch ausfallen". Beim Auto führt dies zu einer erhöhten Fehleranfälligkeit. Überdies sei man vor der Manipulation eines "Hackers" nicht gefeit. So könnte auf diese Weise, jedes beliebige Fahrzeug von einem Kriminellen gekennzeichnet werden.

Schweiz:

Suchtprävention: Warnung reicht nicht



Junge Menschen, die Alkohol, Tabak oder Cannabis konsumieren, holen eher Informationen über die damit verbundenen Risiken ein als Abstinenzler und kennen diese daher besser. Das hat eine Befragung junger Schweizer durch Mediziner der Universität Zürich ergeben.

Um zu ermitteln, wie gut junge Menschen über Alkohol, Cannabis und andere Drogen informiert sind, hat das Züricher Team eine Studie an knapp 12.000 Männern anlässlich ihrer Rekrutierung für den Schweizer Militärdienst durchgeführt. Insgesamt gab knapp jeder Sechste an, sich innerhalb der vorangegangenen zwölf Monate im Internet über Suchtmittel informiert zu haben. Bei Risiko-Konsumenten beispielsweise von Alkohol (sechs oder mehr Getränke nacheinander) oder Cannabis (zwei Mal pro Woche oder öfter) lag der Anteil mit 20 Prozent bzw. 38 Prozent jedoch deutlich höher.

Zudem informieren sich Konsumenten von Suchtmitteln nicht nur eher, sondern auch öfter über die Substanzen und potenzielle Risiken. Dementsprechend aufgeklärt geben sie sich auch. Über 70 Prozent jener Befragten, die selbst Suchtmittel einnehmen, erachten ihr Wissen um die gesundheitlichen Folgen von Alkohol-, Tabak- oder Cannabiskonsum als sehr gut. Damit schätzen sich gerade Risiko-Gruppen besser ein als Abstinenzler. Konsumenten sind meist schon aus eigenem Antrieb gut informiert. Medienkampagnen zur Prävention von Substanzmissbrauch sollten daher kritisch begutachtet werden.



Wo viel Licht ist, ...

... ist viel Schatten. Oder auch - wo viel Geld fließt, bleiben meist große Teile seiner Herkunft im Dunkeln. Das Phänomen der Schattenwirtschaft an sich ist nicht neu und in den meisten sozialen Gemeinschaften nachzuweisen. Dabei geht es nicht nur um unkontrollierte Geldflüsse, sondern auch um Produktionen und Dienstleistungen außerhalb der Legalität.

Manches beginnt ja auch ganz harmlos, so z.B. in den süd- bzw. südosteuropäischen Ländern. Da werden kleinere Betriebe wie Kürschner, Taschner Schmuckdesigner oder ähnliche Handwerker, eingeladen, für große Marken Probearbeiten zu liefern.

Im Allgemeinen gibt es für diese Arbeiten kein Geld. Das benötigte Material wird jedoch gratis zur Verfügung gestellt.

Dass sich diese Betriebe in meist wirtschaftlich schlecht entwickelten Regionen befinden, ist kein Zufall. So können die Herstellerpreise und damit vor allem die Lohnkosten auf ein Minimum gedrückt werden. Die Qualität der geleisteten Probearbeiten ist im allgemeinen gleich. Dennoch erhalten meist sogenannte Best- und Billigbieter den Zuschlag der in wirtschaftlichen Grauzonen agierenden Organisationen. Nach welchen Maßgaben dieser erfolgt, bleibt meist ein gut gehütetes Geheimnis.

Vom Erfolg dieser Betriebe hängt oftmals das Überleben ganzer Familien ab. Daher bemühen sich jene, die in der Ausschreibung nicht berücksichtigt wurden, ebenfalls ihr "know how" zu nützen und die gleichen Waren in größeren Auflagen herzustellen. Der Unterschied ist oft mar-

ginal und meist auch für Fachleute nicht erkennbar.

Underground Economy

Völlig anders ist die Situation bei der "Underground Economy" großen Stils. Wie groß die Gewinne, welche über Waffenhandel, Drogen, Prostitution, Schmuggel und Hehlerei erwirtschaftet werden, tatsächlich sind, kann ebenfalls nur geschätzt werden - Dabei handelt es sich nicht um irgendwelche "Hinterzimmergeschäfte" sondern oftmals um äußerst respektable Persönlichkeiten, die ihrerseits mit teilweise ebenso respektablen Firmen kooperieren. Fliegen diese Deals auf, kann es schon passieren, dass man sich in dem einen oder anderen Land durch Zahlung einer entsprechend hohen Summe freikaufen kann.

Sehr zum Unterschied vom pfuschenden Handwerker oder Arbeiter landen diese Gewinne nicht wieder in der nationalen Volkswirtschaft, sondern in den noch immer zahlreich vorhandenen Steueroasen dieser Welt.

Dass der Ermittlungsaufwand im Bereich der sogenannten "white collar crime" immer grösser wird, ist unbestritten. So geben polizeiliche Daten das tatsächliche

Ausmaß der Wirtschaftskriminalität oft nur eingeschränkt wieder. Die großen Fälle werden oft nur durch Zufall entdeckt. Dabei spielt oft die Aufmerksamkeit von Zollbeamten oder die "Revanche" betrogener Partner eine wesentliche Rolle.

Vorzeigeland Österreich

Die europäische Schattenwirtschaft ist nach einer Studie des Linzer Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich Schneider in den vergangenen Jahren geschrumpft. Gemessen an der Wirtschaftsleistung sank der Anteil der Schwarzarbeit in Europa von 22,4 Prozent im Jahr 2003 auf 18,5 Prozent im laufenden Jahr. In absoluten Zahlen beläuft sich die informelle Wirtschaft in Europa auf 2,15 Billionen Euro.

Österreich ist mit einem Anteil von acht Prozent der Schwarzarbeit am Bruttoinlandsprodukt ein Vorzeigeland und liegt damit hinter der Schweiz auf Rang zwei. In absoluten Zahlen macht der „Pfuscher“ hierzulande 24 Mrd. Euro aus.

Kaum zu erfassen sind jedoch die wirklich großen Geschäfte internationalen Stils, hier bedarf es weiterer wirksamer Mechanismen, um erfolgreich zu sein.

•JWL



10 Fragen an ...

Mag. Rudolf Unterköfler

stammt aus Arriach in Kärnten und trat im Juni 1978 in die Wiener Sicherheitswache ein. Nach der Ausbildung zum Kriminalbeamten war er bei der Wirtschaftspolizei (1985 - 1987) tätig. Neben dem Beruf absolvierte er das Jusstudium (Abschluss 1987). Im Jänner 1994 wurde er Hauptreferent in der Wirtschaftspolizei und im Jahr 2002 wechselte er in das Bundeskriminalamt, in dem er 2003 das damalige Büro II/BK/3.4. (Wirtschafts- und Finanzermittlungen) leitete. Nach der Änderung der Organisationsstruktur des Bundeskriminalamts und der Gründung der Abteilung II/BK/7 (Wirtschaftskriminalität) im Juli 2010 wurde Mag. Unterköfler im Oktober 2011 als deren Leiter bestellt. In der Abteilung Wirtschaftskriminalität arbeiten über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In deren Zuständigkeit fallen:

Leitung und Koordinierung der Sicherheitsbehörden und -dienststellen, Ermittlungen sowie internationale polizeiliche Kooperation auf den Gebieten Betrug und Fälschungsdelikte, Wirtschaftsdelikte, Abschöpfung und Sicherheitsleistung und Geldwäsche.

kripo.at: Wie würdest Du die Schattenwirtschaft im Sinne der Kriminalitätsbekämpfung definieren?

Mag. Unterköfler: Grundsätzlich versteht man unter Schattenwirtschaft alle privatwirtschaftlichen Aktivitäten, die zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen, für die aber keine bzw. nur zum Teil Steuern und Sozialabgaben entrichtet werden. Zur Schattenwirtschaft im weiteren Sinne zählen auch wirtschaftlich kriminelle Handlungen. Vielfach besteht in Bezug auf die Erscheinungsformen der Schattenwirtschaft keine Zuständigkeit der Polizeibehörden. Mit dem Sozialbetrugsgesetz 2005 wurde aber für schwere Formen der „Schwarzarbeit“, wie das betrügerische Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen und die organisierte Schwarzarbeit, eigene Tatbestände im Strafgesetzbuch geschaffen, wobei allerdings auch hier eine grundsätzliche Zuständigkeit der Finanzpolizei besteht. Die Praxis zeigt jedoch, dass diese Formen des Sozialbetruges fast immer mit

anderen strafrechtlichen Delikten wie Untreue, Betrug oder Krida einhergehen und deshalb auch von den Kriminalisten vielfach ermittelt werden müssen. Im Wesentlichen beschränkt sich die Zuständigkeit der Polizei auf die verschiedenen Betrugsformen in diesem Bereich. Gerade zur Aufklärung von organisierten Sozialbetrügereien sind besondere Ermittlungsinstrumente erforderlich, die der Finanzpolizei nicht zur Verfügung stehen.

kripo.at: Wo liegt der Schaden, der durch die Schattenwirtschaft verursacht wird?

Prof. Dr. Dr.h.c.mult. Friedrich Schneider, Institut für Volkswirtschaftslehre, Johannes Kepler Universität Linz, erklärt in seinem Vortrag im Juni 2012 in Salzburg, dass in Österreich das durchschnittliche Ausmaß der Schattenwirtschaft (des Sozialbetrugs) im Jahr 2012 19,6 Mrd. Euro und der Schaden daraus durch Steuer und Sozialversicherungsbeitragsausfälle zwischen 2,0 und 2,5 Mrd. Euro liegen.

Mag. Unterköfler: In erster Linie werden Sozialversicherungsabgaben und Steuern hinterzogen. Es muss aber festgestellt werden, dass in einigen Branchen Erscheinungsformen auftreten, die schwer kriminell sind und massive Schäden bei den Sozialversicherungsträgern und den Finanzbehörden verursachen. Dazu kommen noch eine Reihe von Folge- und Begleitschäden. Durch die Anmeldung bei einem Sozialversicherungsträger entstehen Leistungsansprüche aus der Krankenversicherung, der Pensionsversicherung, der Unfallversicherung und der Arbeitslosenversicherung, die oft auch tatsächlich in Anspruch genommen werden, obwohl die entsprechenden Abgaben nie oder nur teilweise entrichtet wurden. In manchen Branchen haben diese Erscheinungsformen ein Ausmaß erreicht, sodass eine massive Wettbewerbsverzerrung eingetreten ist.

Wie durch die ressortübergreifende Task Force „Sozialbetrug“ bewiesen werden konnte, verursachten die überführten Scheinfirmen in den Jahren 2010 bis 2011

durch Steuerhinterziehung und Sozialversicherungsbetrug Schäden in dreistelliger Millionenhöhe. Da wir nur gegen einen geringen Teil dieser dubiosen Firmen Ermittlungen durchgeführt haben, ist der von Prof. Schneider angegebene Schaden für die Steuerbehörden und die Sozialversicherungsträger durchaus plausibel.

kripo.at: Wie könnte man die Schattenwirtschaft in den Griff bekommen?

Mag. Unterköfler: Wenn damit gemeint ist, wie ich eine Schattenwirtschaft absolut verhindern kann: grundsätzlich gar nicht. Wo es Wirtschaft gibt, gibt es auch eine Schattenwirtschaft. Die Frage ist nur, wie kann ich die Schattenwirtschaft so weit wie möglich eindämmen?

Es handelt sich dabei um ein gesellschaftliches Problem, geprägt durch Tradition, „Nachbarschaftshilfe“, hohe Steuern und schwierige steuerrechtliche Bestimmungen. Ohne Schattenwirtschaft würde jedoch in Österreich z.B. vieles nicht gebaut oder würden bestimmte Dienstleistungen nicht erbracht werden.

Ermittlungen auf allen Gebieten sind äußerst schwierig, da eine scheinbar opferlose Tat vorliegt. Beide Teile (Auftraggeber und Auftragnehmer) sind straffällig, ziehen jedoch ihren Nutzen aus der Tat. Geschädigt werden verschiedene juristische Personen / Institutionen.

Daher auch: der Verlust wird sozialisiert – der Gewinn wird individualisiert.

Wir sollten jedoch auch darauf hinweisen, dass die Schattenwirtschaft in Österreich laut Prof. Dr. Schneider in den letzten Jahren zurückging. Auch die Politik war nicht untätig und es wurden viele Maßnahmen getroffen, um der Schattenwirtschaft Herr zu werden.

kripo.at: Gibt es eine so genannte best practice Methode zur Eindämmung bzw. Bekämpfung der Schattenwirtschaft?

Mag. Unterköfler: Kriminalpolizeilich gesehen ist der Einsatz von

ressortübergreifenden Task Forces oder Ermittlungsteams gegen die schweren Fälle des organisierten Sozialbetruges zielführend. Dies hat die Task Force „Sozialbetrug“ sehr deutlich gezeigt.

Der Gesetzgeber hat auch eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um den Sozialbetrug einzudämmen. Als Beispiel kann die Auftraggeberhaftung genannt werden. Dazu kamen eine Reihe von administrativen Maßnahmen, die diese und ähnliche Betrugsformen verhindern oder zumindest erschweren sollten. Es ist aber festzustellen, dass gerade im organisierten Bereich immer wieder „Schlupflöcher“ gefunden werden, um diese Vorschriften zu umgehen. Für mich ist die Schwarzarbeit ein klassisches Kontrolldelikt. Mit der Einrichtung der Finanzpolizei und Betrugsgruppen bei einzelnen Sozialversicherungsträgern wurde hier sicherlich ein richtiger Schritt gesetzt.

kripo.at: Was brachte die Task Force „Sozialbetrug“, die von 2010 bis 2012 unter der Leitung des .BK arbeitete, an Erkenntnissen?

Mag. Unterköfler: Die ressortübergreifende Task Force wurde aus Beamtinnen und Beamten des BMF, der Sozialversicherung und des BMI gebildet. Wissenschaftlich begleitet wurde die Task Force auch von der juristischen Fakultät der Universität Wien.

Anhand von sichergestellten Unterlagen konnten der Umfang des organisierten Sozialbetrugs sowie eine Reihe von modi operandi erkannt werden. Dabei errechneten wir nur in den ermittelten Fällen einen Schaden in dreistelliger Millionenhöhe. Die Ermittlerinnen und Ermittler enttarnten z. B. mehr als 9.000 Schein- bzw. Deckungsrechnungen mit einer Gesamtsumme von ca. €84.000.000,-. (Anm: Schein- und Deckungsrechnung sind Rechnungen, denen keine adäquate Leistung zugrunde liegt)

Schlussendlich gelang es uns, die entsprechenden Institutionen für das Thema Steuer- und Sozialabgabenbetrug zu sen-

sibilisieren und Schwächen im derzeitigen System aufzuzeigen.

Es konnte auch vermittelt werden, dass, um effizient und erfolgreich gegen diese Betrugsform mit all ihren Erscheinungsformen und der hohen Begleitkriminalität vorzugehen, eine enge Kooperation zwischen der Sozialversicherungen, der Finanzverwaltung, der Justiz und der Polizei notwendig ist.

kripo.at: Warum erfolgte die Auflösung der Task Force „Sozialbetrug“?

Mag. Unterköfler: Ziel der Task Force war das know-how der einzelnen betroffenen Ministerien zusammenzuführen, die Bandbreite der modi operandi aufzuzeigen, Systemschwächen aufzuzeigen und effiziente Ermittlungsmethoden zu finden. Dies ist auch gelungen. Mit dem aus der Task Force gesammelten know how erfolgten gemeinsame Schulungen von Kriminalisten, Finanzpolizisten und Vertretern der Sozialversicherungen in den Bundesländern, um den Sozialbetrug regional effizient zu bekämpfen.

kripo.at: Wie sieht es in Bezug auf den Sozialbetrug mit der Ausbildung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus?

Mag. Unterköfler: Grundsätzlich können diese Ermittlungen nur von speziell ausgebildeten Kriminalisten der Wirtschafts- oder Betrugsgruppen geführt werden, die Grundzüge des Finanzrechtes und des Sozialversicherungsrechtes kennen und bereits Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt haben.

Wie bereits erwähnt, haben wir je zwei Wirtschafts- bzw. Betrugsermittler pro LKA in diesem Bereich geschult und es stehen die Mitglieder der Task Force und auch das .BK für Problemstellungen den Ermittlern zur Verfügung.

• Die Fragen stellte VKÖ Vizepräsident
Cheflnsp. Helmut Bärtl

Scheinfirmen und Massenmeldungen

Fernab des medialen Rummels um dayli und die Alpine schlittern regelmäßig österreichische Gesellschaften mit hunderten, in Einzelfällen auch über 1000 Mitarbeitern in die Insolvenz und verursachen der öffentliche Hand Schäden in Millionenhöhe.

Mit steter Regelmäßigkeit erheischen reißerische Schlagzeilen unsere Aufmerksamkeit, die Anlass zur Sorge geben: Die Rede ist von der Baumafia, Scheinfirmen, der allseits grassierenden Schattenwirtschaft, der Geißel des Sozialbetrugs und der Schwarzarbeit, die der öffentlichen Hand bzw. der gesamten Volkswirtschaft astronomische Schadenssummen zufügen. Eine besondere Spielform stellt dabei der Sozialversicherungsbeitrag mittels Scheinfirmen dar: Bei den Scheinfirmen handelt es sich um klassische Briefkastenfirmen, meist GmbHs, zum Teil auch Personengesellschaften oder gar Einzelunternehmer, die über einen Zeitraum von mehreren Monaten als Anmelde- und Verrechnungsvehikel Anwendung finden. Ein solcher Scheinfirmenmantel bietet die Möglichkeit, hunderten, in Ausnahmefällen auch mehr als tausend Personen durch Anmeldung zur Sozialversicherung Versicherungsschutz zu verschaffen, ohne dass die dafür auflaufenden Sozialversicherungsbeiträge und Lohnabgaben entrichtet würden.

Modus Operandi

Wie funktioniert das im Detail? Als „Tatwaffe“ kann entweder ein bestehender Mantel übernommen oder eine neue Gesellschaft gegründet werden. Zur Abschirmung vor Haftungen und Strafverfolgung treten bei diesem Gründungsvorgang freilich nicht die tatsächlichen

Machthaber in Erscheinung; sie bedienen sich vielmehr eines – meist ausländischen – Strohmanns, der für seine Eintragung als Alleingesellschafter und -geschäftsführer eine einmalige Abfindung erhält und in weiterer Folge nicht mehr greifbar ist. Eine weitere Abschirmungsmöglichkeit, die insbesondere in den letzten Jahren äußerst häufig auftritt, ist die Verwendung von Falschidentitäten bei Eintragung im Firmenbuch. Im Zuge von Ermittlungen einer Spezialeinheit des Bundeskriminalamts wurde beispielsweise eine Person ausgeforscht, die in einem Zeitraum von 5 Jahren mit 12 verschiedenen Identitäten 15 Scheinfirmen übernommen hatte. Der im Firmenbuch eingetragene Firmensitz ist üblicherweise ein reiner Briefkasten, ein verwaistes Kellerabteil oder ein Lagerraum, in dem sich keinerlei Indizien für eine betriebliche Infrastruktur feststellen lassen. Nach Übernahme wird der Firmenmantel als Vehikel zur massenhaften Anmeldung von Personen zur Sozialversicherung verwendet. Ab diesem Zeitpunkt ist die baldige Insolvenz – üblicherweise infolge eines Insolvenzantrags der Gebietskrankenkasse oder der Finanzverwaltung – bereits vorprogrammiert. Da der Gesellschaftsmantel bewusst vermögenslos gehalten wird, gehen die Gläubiger leer aus. Die Lebensdauer einer Scheinfirma ist dabei stark von der Fälligkeit der nicht-entrichteten Sozialversicherungs-

beiträge und Lohnabgaben sowie der daran anknüpfenden Mahn- und Exekutionsvorgänge abhängig und beträgt üblicherweise zwischen 6 Monaten und einem Jahr. Mit der Insolvenzeröffnung kommt es schließlich zur Abmeldung der gemeldeten Personen und firmenbuchrechtlichen Löschung wegen Vermögenslosigkeit.

Schwarzmarkt für Anmeldungen

Bis zu diesem Zeitpunkt blüht der Handel mit Anmeldungen zur Sozialversicherung. Der oder die Machthaber der Scheinfirmen nehmen gegen eine Gebühr von etwa €250 - €500 pro Monat und Person Anmeldungen zur Sozialversicherung vor. Die gemeldeten Personen sowie ihre Angehörigen verfügen damit einerseits über umfassenden Versicherungsschutz in allen Zweigen der Sozialversicherung und scheinen zum anderen bei Schwarzarbeitskontrollen an Beschäftigungsorten als angemeldete Dienstnehmer der Scheinfirma auf. Hinter den einzelnen Anmeldungen bei ein und derselben Scheinfirma verbergen sich dabei ganz unterschiedliche Sachverhalte: Zum einen kann es sich um reine Scheinmeldungen handeln, d.h. die gemeldeten Personen gehen tatsächlich keiner versicherungspflichtigen Beschäftigung nach und benötigen die Anmeldung nur zur Erschleichung

von Versicherungsleistungen. Zum anderen handelt es sich um zwar tatsächlich beschäftigte Personen, deren wahrer Dienstgeber jedoch die breite Verfügbarkeit von Scheinfirmen dazu nutzt, Lohnkosten zu senken. Die Auslagerung und Anmeldung von Dienstnehmern auf Scheinfirmen ist für sie immer noch günstiger, als die ordnungsgemäße Entrichtung von Lohn- und Sozialabgaben. Daneben besteht auch die Möglichkeit, dass tatsächlich selbstständig agierende Arbeiterpartien von 5-10 Personen eigenständig Klein- und Kleinstaufträge lukrieren. Um versichert zu sein und bei Kontrollen nicht als Schwarzarbeiter zu gelten, organisiert oft der Partieführer Anmeldungen für sich und seine Leute bei einer Scheinfirma.

Brauchen's eine Rechnung?

Neben dem Handel mit Anmeldungen zur Sozialversicherung stellt der Verkauf von Schein- und Deckungsrechnungen die zweite wesentliche Einkommensquelle der Hintermänner einschlägiger Scheinfirmen dar. Auf Bestellung werden Rechnungen im Namen der Scheinfirmen verfasst, die bei den Rechnungskäufern als Betriebsausgaben in die Buchhaltung aufgenommen werden und dort den steuerlich relevanten Gewinn mindern. Tatsächlich handelt es sich dabei oft um reine Scheinrechnungen, die nur der Gewinnminderung dienen. Daneben gibt es auch Deckungsrechnungen, die Schwarzlohnzahlungen an eigene Beschäftigte abdecken sollen. Die gekauften Rechnungen sind zudem ein probates Mittel zur Bildung von Schwarzgeldfonds und schwarzen Kassen, die vor allem für Schmiergeldzahlungen von wesentlicher Bedeutung sind. Die in der Scheinrechnung ausgewiesene Summe wird auf ein Geschäftskonto der Scheinfirma überwiesen, umgehend in bar behoben und in weiterer Folge unter Abzug der vorab vereinbarten Provision von 5–20% an den Rechnungskäufer zurückbezahlt. Bei Kontenöffnungen im Ermittlungsverfahren lassen sich daher meist ganz er-

hebliche Umsätze feststellen, bei denen hunderttausende Euros auf den Konten einlangen und am selben Tag noch behoben werden.

Begleitkriminalität

Frappant ist zudem das hohe Maß an Begleitkriminalität, wie der missbräuchliche Bezug von Insolvenzentgelt beim Insolvenzentgeltfonds. Dieser öffentlich-rechtliche Fonds wird durch Dienstgeberzuschläge finanziert und hat den Zweck, Lohnausfälle der Dienstnehmer im Zuge einer Insolvenz auszugleichen. Wird nun eine Scheinfirma insolvent, langen üblicherweise zahlreiche Anträge auf Auszahlung von Insolvenzentgelt von Seiten der bei der Scheinfirma gemeldeten Personen ein, die behaupten, das ihnen gebührende Entgelt über Wochen- und Monate nicht erhalten zu haben. Tatsächlich handelt es sich vielfach um missbräuchliche Anträge, da entweder eine reine Scheinmeldung vorliegt oder die Lohnzahlungen ohnedies bar auf die Hand kassiert wurden. Über lange Jahre wurden diese Anträge jedoch nicht weiter hinterfragt und die beantragten Gelder ausbezahlt, womit es zu einer weiteren Schädigung der öffentlichen Hand kam. Aufgrund einer strengeren Prüfpraxis des Insolvenzentgeltfonds konnte diese Missbrauchsszenarien mittlerweile zumindest eingedämmt werden.

Die sogenannten Scheinmeldungen finden vor allem zum missbräuchlichen Bezug von Sozialleistungen Anwendung. Neben unmittelbaren Schädigungen wie Leistungen aus der Krankenversicherung sind auch mittelbare Missbrauchsszenarien, die auf die Erlangung von Anwartschaften in der Arbeitslosen- oder Pensionsversicherung ausgerichtet sind, immer wieder zu beobachten. Beispielhaft zu erwähnen sind auch die sogenannten „Wochengeldfälle“: Dabei wurde festgestellt, dass eine Vielzahl von ausländischen Frauen auf österreichische Scheinfirmen angemeldet wurden, wobei es sich bei allen Frauen um das erste Versicherungsverhältnis in Österreich handelte. Bei allen Frauen kam es inner-

halb von vier Wochen zum Eintritt des Versicherungsfalles der Mutterschaft, d.h. sie brachten ihre Kinder in Österreich zur Welt und bezogen in weiterer Folge eine Geldleistung in Form des Wochengelds; kurz darauf waren sie nicht mehr im Inland aufhältig; im Zuge der Ermittlungen wurden Zeitungsinserate entdeckt, die die Vermittlung einer Geburt in Österreich anpriesen.

Neben spezifischen Fällen der Sozialdelinquenz dienen die Anmeldungen darüber hinaus auch als Nachweis eines regelmäßigen Einkommens, womit sich auch Aufenthaltstitel oder Bankkredite trefflich erschleichen lassen. Ebenfalls sehr gängig sind Veruntreuungen von Luxus-KFZ, die im Namen der Scheinfirma geleast werden und in weiterer Folge nicht mehr auffindbar sind.

Strukturen und Verbreitung

Sozialversicherungsbetrug mittels Scheinfirmen ist – entgegen der vielfach gehörten Aussage, es handle sich um ein Wiener Problem – ein bundesweites Phänomen. Ermittlungen einer Spezialeinheit des Bundeskriminalamts erstreckten sich binnen kürzester Zeit auf 8 Tätergruppierungen, die über einen Zeitraum von 5 Jahren zumindest 202 Scheinfirmen betrieben hatten. Dabei zeigte sich, dass ein und derselbe Scheinfirmenmantel vom Zeitpunkt seiner Aktivierung bis zur Insolvenzeröffnung von vielen Seiten geradezu ausgeschlachtet wird, in dem ganz unterschiedliche Hintermänner Anmeldungen und Rechnungen verkaufen. Die betroffenen Täterkreise, die meist entlang ethnischer Trennlinien verlaufen, haben Schnittmengen mit klassischen Bereichen organisierter Kriminalität. Kommandozentralen sind dabei vor allem einschlägige Kaffeehäuser, in denen Meldungen und Rechnungen verkauft werden, Geschäftskontakte angebahnt und Dienstnehmer aufgenommen werden.

• MMag. Dr. Martin Meißnitzer



Tabuthema Alterskriminalität

„Jeder will alt werden, aber keiner alt sein“ meint Gustav Knuth so treffend. Verständlich, denn niemand will vom Menschen zum Fall, zum Pflegefall, werden und dann vielleicht hilflos Gewalt und Kriminalität ausgesetzt sein. In Form eines Symposiums und einer Dokumentation nahm sich die VKÖ des Themas an.

Wer sich mit dem Thema Kriminalität gegen und von alten Menschen befasst, stößt unweigerlich auf ein paar Namen. Dr. Josef Hörl, Dr. Helmut Kury, Dr. Andrea Berzlanovich sind die Doyens auf diesem Gebiet. Die VKÖ hat sie am 9. September zu einem Symposium in der Landespolizeidirektion Wien eingeladen. Um die gesamte Problematik abzudecken, wurden die Vortragenden durch den Schweizer Experten Hans-Ullrich Helfer und zwei Praktikern aus dem Nahbereich: Mag. Henriette Höfner von der Fachstelle für Gewaltprävention NÖ und Bez.Insp. Christian Schnatter, der sich im AST Ost mit Trickdiebstahl befasst, ergänzt. Die Moderation der Veranstaltung übernahm der Chefredakteur von kripo.at, Prof. Josef W. Lohmann. In Vertretung des Hausherrn begrüßte Oberst Wolfgang Haupt die Gäste und konnte schon in seiner Eröffnung konkret auf den Leitfaden des Symposiums „Kriminalität kennt kein Alter“ eingehen. Dr. Helmut Kury, von der Universität Freiburg, eröffnete die Vortragsreihe mit Zahlen und Fakten. Obwohl die Zahl der alten Menschen (lt. WHO alle über 75 Jahren) immer mehr steigt, ist von ihnen keine gesteigerte kriminelle Aktivität zu erwarten. Kury belegte, dass die unterschiedlichen Tattorte bei Gewalt gegen alte Menschen

(Öffentlichkeit, Heime oder Privatbereich) auch unterschiedliche Täter produzieren, die wieder völlig unterschiedliche Motive haben. Gewalt gegen alte Menschen ist auch nicht nur im Bereich körperliche Gewalt angesiedelt, sondern vor allem im psychischen Bereich. Ähnlich die Entwicklung in der Schweiz, wie Hans-Ullrich Helfer, Präsident von Humanitas Helvetica, erklärte. Zurzeit stellt die Altersgruppe über 60 Jahre in der Schweiz rund 25% der Bevölkerung, ist aber in der Kriminalstatistik nur mit 6% vertreten. Die Wirtschaftskrise und die Sorge um ihr Geld, lässt vor allem ältere Menschen ihr Bargeld zu Hause aufbewahren, ca. 2 Milliarden Franken sollen in Schweizer Haushalten gelagert sein, ein gefundenes Reservoir für Diebe und Betrüger. Univ. Prof. Dr. Josef Hörl von der Universität Wien beleuchtete die soziologische Seite des Themas. Warum werden ältere Menschen zu Opfern, warum Betreuungspersonen zu Tätern? Dass erst kulturelle und biographische Vorbedingungen zu Gewalt führen, konnte er plausibel erklären. Schockierende Bilder lieferte Univ.Prof. Dr. Andrea Berzlanovich. Mit versteckter Kamera aufgenommene Gewalttaten gegen Pflegepatienten und Fotos von

Verletzungen belegten augenscheinlich, dass Gewalt sehr versteckt ausgeübt wird. Erstmals wurde von der Forensischen Gerontologin Dr. Berzlanovich ein Dokumentationsbogen der Öffentlichkeit vorgestellt, der helfen soll, Gewalt gegen Pflegepatienten aufzudecken und zu beweisen. Mag. Henriette Höfner von der Fachstelle für Gewaltprävention in Niederösterreich ging vor allem auf die präventiven Möglichkeiten ein, die potentiellen Opfern helfen sollen. Das Fehlen von Anzeigen durch Opfer ist bei Gewalt für sie eines der größten Probleme. Aufmerksamkeit durch das soziale Umfeld ist hier besonders von Nöten, doch gerade das fehlt häufig. Den Bereich Eigentumskriminalität deckte Bez.Insp. Christian Schnatter ab. Die Schwierigkeiten bei Ermittlungen durch Demenz der Opfer und extrem lange Verfahrenzeiten sind bei den Ermittlern das Hauptproblem. Die Vorgangsweise dreister Trickdiebe erstaunte die mehrheitlich nicht aus dem Polizeibereich kommenden Teilnehmer des Symposiums. Wer mehr über das Thema „Kriminalität kennt kein Alter“ wissen will, kann über sekretariat@kripo.at die Dokumentation des Symposiums anfordern.

• R.B.

Die willigen Helfer der organisierten Kriminalität

St Peter Port die Hauptstadt der Insel Guernsey

Die OK kann nur überleben, wenn sie ein Umfeld von willigen Helfern vorfindet. Da sind auf einer Seite korrupte Beamte und auf der anderen Seite Staaten die beide Augen zudrücken, wenn man bei ihnen Geld anlegt, denn das kriminell erworbene Geld muss ja schließlich wieder in den regulären Geldkreislauf zurückgeführt werden.

Wenn Korruption die linke Hand der OK ist, dann ist Geldwäsche die rechte. Eine der Möglichkeiten, um größere Summen wieder reinzuwaschen, ist Off-shore-banking und/oder komplizierte, undurchsichtige Firmengründungen in Zwergstaaten wie z.B. Benin. Natürlich bestreitet offiziell jeder Staat etwas mit Geldwäsche oder mit Steuerhinterziehung zu tun zu haben. Verständlich, dass man lieber als Zentrum für Geld- und Anlageberatung gesehen werden will und nicht als Handlanger von Drogenbossen, Mafiagrößen und korrupten Ex-Ministern. Manche Staaten leben davon, vor allem karibische und afrikanische Kleinstaaten und das zu England gehörende Archipel von Jersey, Guernsey, Herm und Sark, die sogenannten Kanalinseln. Politische Stabilität und Diskretion haben das Archipel im Golf von Saint Malo zu einem Paradies für Steuervermeidung werden lassen. Zwielfichtige Figuren aus

aller Welt bringen das Geld kofferweise auf diese „unabhängigen“ Inseln oder gründen dort Firmen. Steuerschonung nennen es die Rechtsvertreter solcher Firmen, gegründet nur zur Steuerhinterziehung meint die Bevölkerung und so unrecht hat sie damit nicht.

Für einen oberflächlichen Beobachter unterscheiden sich die Hauptstädte St. Helier (Jersey) und St. Peters Port (Guernsey) kaum von einer durchschnittlichen englischen Stadt. Auffällig ist nur das Verkehrsaufkommen. 93.000 Einwohner in Jersey und 140.000 angemeldete Fahrzeuge zeigen von einem gewissen Wohlstand. Das Straßenbild beherrschen hochpreisige Fahrzeuge und die Insel hat angeblich die höchste Dichte von Porsches. Eigentlich unnötig solche Rennmaschinen, denn, die Höchstgeschwindigkeit ist 50 Meilen (67 km/h) auf den sogenannten „Green lanes“ überhaupt nur 15. Recherchen über die Finanzflüsse

sind hier nicht besonders beliebt, doch die offiziellen Zahlen sprechen Bände. 33.000 Firmen sind alleine auf Jersey registriert, womit rein statistisch jeder Dritte Insulaner Firmenchef wäre, ist er natürlich nicht. Ein Gutteil sind reine Briefkastenfirmen die von der mächtigen Gilde der Rechtsanwälte verwaltet wird. 50% des Bruttoinlandsproduktes wird durch Bankgeschäfte erwirtschaftet, 1,3% durch die Landwirtschaft.

Versteckter Reichtum

Der Reichtum ist jedenfalls auf Jersey/ Guernsey versteckt, man protzt nicht damit. Weder die Anleger, noch die Anlage-Risiko- und Unternehmensberater legen auf Publicity wert. Nicht Glaspaläste sondern biedere Einfamilienhäuser sind hier die Zentren der Geldflüsse. Wer es schafft Bürger eines der „unabhängigen“ Staaten zu werden, der hat es geschafft. (Fortsetzung auf Seite 21)



Mit bunten Polizeistreifenwagen ist die Geldwäsche nicht zu verhindern

Die Steuer beträgt, unabhängig vom Einkommen 20%, da möchte natürlich jeder gerne hier seinen Wohnsitz haben. Geht leider nicht, erste Hürde ist der Nachweis, dass man jährlich mindestens 100.000 Pfund Steuern bezahlt. Die zweite Hürde ist da schon schwieriger, denn es werden jährlich nur zehn

Ausländer eingebürgert und die Warteliste ist lange.

Wie viele Briefkastenfirmen es auf den Kanalinseln gibt, gilt als Staatsgeheimnis, woher das Geld kommt ebenso. Offiziell lagern 90 Milliarden Pfund auf Jerseys Banken, inoffiziell rechnet man mit 200 Milliarden. Die Firmenvermögen betragen etwa 270 Milliarden Pfund, 2/3 davon ausländische Mittel. Weitere 30 Milliarden sind in Fonds gebunkert. Nur zum Vergleich: das Eiland hat weniger Einwohner als Favoriten. 79 Banken aus 16 Ländern ritzen hier um Kunden, womit eine Bankendichte erreicht wird die New York nicht nachsteht.

mögen. Den Vogel schießt aber Sark, eine winzige Insel mit nur etwa 560 Einwohnern, ab. Hier hat man sich auf das Direktorengeschäft spezialisiert. Angeblich sind auf Sark 15.000 – 25.000 Firmen registriert und aus steuerlichen Gründen muss ein Sarky Direktor sein. Das führte zu der kuriosen Situation, dass eine Person bis zu 1000 Direktorsposten innehatte. Kurios auch ein Fall, der sich im Jahre 1998 abspielte. Einer auf der Insel Man registrierten Firma konnte man nachweisen, dass sie an die Hutumulizen in Ruanda Waffen im Wert von über 3 Millionen Pfund lieferte. Als man den Direktor der Firma zur Rechenschaft ziehen wollte, entpuppte sich dieser als biederer Landwirt auf Sark. Natürlich hatte er keinerlei Ahnung bei welcher Firma er als Direktor fungierte. Da musste was geschehen, sagte man sich. Seither ist empfohlen, bei nicht mehr als 30 Firmen als Direktor zu fungieren und sich zu informieren, was die Firma eigentlich macht.

Ein Schelm der denkt, dass auf den Kanalinseln bei den Finanzen nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Selbstverständlich wird hier nur ordentlich erwirtschaftetes und im Heimatland versteuertes Geld gehandelt und angelegt. Dass die Organisierte Kriminalität das auch so sieht, kann man annehmen. • R.B.

Typisch für Angebote des Finanzsektors auf Jersey



Direktorengeschäft

Während man sich in Jersey auf Finanzberatung und Anlagefonds spezialisiert hat, findet man in Guernsey einen willkommenen Finanzplatz für Stiftungsver-

Leserbriefe

Leserbriefe werden üblicherweise nur geschrieben, wenn etwas nicht passt. Zustimmende Leserbriefe haben Seltenheitswert, nicht nur bei unserer Zeitschrift. Unsere Überraschung war deshalb groß, als plötzlich Mails und Anrufe eintrudelten, die uns gratulierten und dankten. Die Ausgabe August hieß es allgemein, hat Themen aufgegriffen, die unter den Nägeln brennen. Tatsächlich regt es die Kollegenschaft auf, wenn plötzlich der anonyme Informant als einziger Träger der Aufklärung von Straftaten verklart wird.

Völlig überrascht war ich über die vielen Danksagungen für mein Editorial „Geht's auch ohne Blutbad?“. Endlich schreibt jemand gegen jene Journalisten, die die Polizei als Fußabstreifer ansehen, hieß es etwa. Die Kollegenschaft fühlt sich alleine gelassen, wenn gegen die Polizei im Allgemeinen oder Einzelne gewettert wird. Weder von der Polizeiführung noch von der Gewerkschaft hört man etwas.

Übrigens der Justizwache geht es nicht anders. Da soll doch tatsächlich ein Anstaltsleiter gemeint haben, als Justizwachebeamter muss man das schon wegstecken, wenn man von einem Häftling bespuckt wird. Na bravo. Aber heißt es nicht bei uns auch, wenn man beschimpft wird, dann wird man ja nicht als Person, sondern die Polizei als Ganzes beschimpft? Eine Entwicklung, die nicht einfach hingenommen werden sollte. „Na mein Gott, eine Ohrfeige muss man halt verkraften“, könnte der nächste Schritt heißen. Soweit wollen wir es aber nicht kommen lassen – oder?

• *Richard Benda*



Mag. Max Edelbacher

Generationenwechsel

Unser Bildungsreferent Max Edelbacher (68) wollte es noch einmal wissen und hat sein Tätigkeitsfeld auf die Politik verlegt. Bei der Nationalratswahl im September kandidierte er für das Team Stronach. Aus die-



Norbert Janitsch

sem Grund hat er am 19. Juli seine Vorstandsfunktion im VKÖ niedergelegt. Max Edelbacher hat für uns das Bildungswesen auf eine bis dahin nicht erreichte Höhe gebracht, wofür wir ihm herzlich danken. In seiner neuen Funktion wünschen wir ihm alles Gute.

Die berufliche Fortbildung ist und bleibt ein wesentlicher Aspekt unserer Tätigkeit. Wir durften daher die Position eines Bildungsreferenten nicht allzu lange unbesetzt lassen. Dankenswerter Weise hat sich unser Sektionsleiter aus dem Burgenland, Norbert Janitsch (55) bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen. Bei der Vorstandssitzung am 5. September wurde er einstimmig in den Vorstand kooptiert. Damit ist nicht nur ein weiteres Mitglied aus den Bundesländern in den Vorstand eingezogen, sondern es wurde auch ein Generationswechsel vollzogen. Norbert Janitsch, der in mehreren Bundesländern seinen Dienst versehen hat, ist aktiver Leitender Beamter in Eisenstadt und kennt daher die berufliche Situation aus erster Hand, dem entsprechend, so hat er uns versichert, wird er das Fortbildungsprogramm gestalten. Nicht uneigennützig, wünschen wir ihm für seine neue Tätigkeit viel Erfolg.

Übungsschiessen: Sonnenschein und Pulverdampf

35 Jahre Polizeidienst, hunderte Male die Dienstwaffe in der Hand gehabt und trotzdem muss ein Polizeibeamte in Pension, auch wenn der Ruhestand erst vor wenigen Wochen angetreten wurde, bei einer Überprüfung seiner Privatwaffe gem. § 5 Waffengesetz nachweisen, dass er geschult ist. Ein Ärgernis für viele pensionierte Kollegen. Es wurde deshalb der Wunsch an die VKÖ herangetragen, ob nicht von Seite der Vereinigung ein Schulschießen mit einem berechtigten Schulungsleiter durchgeführt werden könnte.

Der Wunsch der Mitglieder ist uns Auftrag und so wurde für den 6. September das erste Schulschießen der VKÖ auf dem Bundesheerschießplatz in Matzendorf-Hölles abgehalten. Das spätsommerliche Wetter wurde nur durch den Pulverdampf der



Preisverleihung

Waffen getrübt.

Nach der Schulung durch Josef Tampermeier, einem staatlich geprüften Trainer, wurde ein einfacher Schießwettbewerb durchgeführt. Die höchste Punktzahl und damit Erster wurde Edwin Frühwirth vor Willibald Kloibhofer auf Platz 2. Den dritten Platz belegten ex quo Präsident Richard Benda und sein Stellvertreter Helmut Bärtil. Sie überreichten den beiden Erstplatzierten auch je einen Pokal.

**IMPRESSUM**

Eigentümer und Herausgeber: Vereinigung Kriminaldienst Österreich
A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, Tel. 050133133
E-Mail: redaktion@kripo.at
Präsident: Richard Benda
Chefredakteur: Prof. Josef W. Lohmann
Redaktionssekretariat: Birgit Eder
Gestaltung: Christian Doneis

Mitarbeiter: Richard Benda, Prof. Josef W. Lohmann, Tam Hanna, Willibald Plenk, Herbert Zwickl, Mag. Max Edelbacher, Helmut Bärtil, Peter Grolig, Frank Dieter Stolt, Peter Niggli (Berlin)

Redaktionsadresse:

Redaktion der **kripo.at**, A-1090 Wien, Müllnergasse 4/8, E-Mail: redaktion@kripo.at
Der Nachdruck von Artikeln ist nur nach Absprache mit der Redaktion mit Quellenangabe zulässig.

Sektionsleiter in den Bundesländern:

Burgenland:	Eisenstadt	Norbert Janitsch, burgenland@kripo.at
Kärnten:	Klagenfurt	Harald Jannach, kaernten@kripo.at
Niederösterreich:	St. Pölten,	Andreas Bandion, niederösterreich@kripo.at
	Wr. Neustadt	Leopold Just, wrneustadt@kripo.at
Oberösterreich:	Linz,	Helmut Kaiser, oberösterreich@kripo.at
	Wels	Martin Müllner, wels@kripo.at
	Steyr	Josef Fuchshuber, steyr@kripo.at
Salzburg:	Salzburg	Johann Bründlinger, salzburg@kripo.at
Steiermark:	Graz	Karl Strohmeier, steiermark@kripo.at
Tirol:	Innsbruck	Wolfgang Knöpfler, tirol@kripo.at
Vorarlberg:	nicht besetzt	sekretariat@kripo.at



Verleger: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H., A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28. **Anzeigenverwaltung:** A-8073 Feldkirchen b. Graz, Thalerhofstraße 28 **Hersteller:** DHT Feldkirchen b. Graz, Gemeinergasse 1-3. **Verlags- und Herstellungs-ort:** A-8073 Feldkirchen b. Graz **Verlagspostamt:** A-8073 Feldkirchen. Der Nachdruck von Inseraten, die in diesem Heft erscheinen, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlegers gestattet. Bei von Angehörigen des öffentlichen Dienstes verfassten Beiträgen handelt es sich um deren persönliche Ansicht als Privatperson und nicht um jene der Behörde.

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Informations- u. Verlagsgesellschaft m.b.H.
Grundlegende Richtung: „kripo.at“ ist ein Informationsmedium für Exekutivbeamte und die an Sicherheitsfragen interessierten Bürger. DVR-Zahl: DVR 08885606
„kripo.at“ erscheint sechsmal jährlich, wird allen Mitgliedern kostenlos zugesandt und ist nur per Postzustellung zu beziehen. www.kripo.at
Veröffentlichung nach Pressegesetz.



Unsere Kooperationspartner

**TERMINE****VOLLVERSAMMLUNG 2013**

Zeit: Freitag, 29. November 2013,
18.00 Uhr

Ort: Hotel Regina, 1090 Wien,
Rooseveltplatz 16

Die Tagesordnung steht noch nicht fest und wird rechtzeitig auf der Homepage www.kripo.at veröffentlicht und vor der Versammlung verteilt. Anträge können bis 1. November in schriftlicher Form an sekretariat@kripo.at oder per Post eingebracht werden.

Zutritt haben nur Mitglieder und persönlich eingeladene Gäste.

Ab 17.30 Uhr findet wieder eine Weinverkostung statt.

**WIENER UND LINZER
MITGLIEDER-TREFFS****„MITGLIEDERTREFF DER
WIENER“**

Jeden 1. Montag im Monat
ab 17.00 Uhr
Gasthaus „d'Landsknecht“
Porzellangasse/Ecke Thurngasse,
1090 Wien

**„MITGLIEDERTREFF DER
LINZER“**

Jeden 1. Dienstag im Monat ab
15.00 Uhr
Polizei-Sportbuffet,
Linz, Derflingerstraße Nr. 5

"KRIPO STAMMTISCH WELS"

jeden 1. Dienstag im Monat
ab 16.00 Uhr im PSV Heim

TODESFÄLLE

Leopoldine BAUER
Wels
im 90. Lebensjahr

Felix SPIELHOFER
WIEN
im 94. Lebensjahr

Dorothea

kripo.at-Rätsel

Unsere letzte Frage war scheinbar nicht allzu schwierig, dies ist auch aus der grossen Zahl der Antworten ersichtlich. Unter den richtigen Einsendungen wurde Walter Pöchhacker aus Kritzendorf gezogen.

Ein Buch als Preis ist bereits unterwegs.

Die Frage in dieser Ausgabe ist sicher etwas schwieriger zu lösen.

Neues Rätsel 2013/05

Er starb im Sommer 1962 im Gewahrsam der österreichischen Staatspolizei und war ein ungarischer Überläufer. Im Saum seines Ledermantels eingenäht, hatte er eine Liste von 180 Österreichern mitgebracht, deren Namen auf Kontaktlisten östlicher Spionagedienste standen.

Wie war sein Name ?

Viel Spaß beim Raten!

Pfuscher, Pleiten & Profite

Pfuschen wird in Österreich immer noch gerne als Kavaliersdelikt betrachtet. Dabei ist der wirtschaftliche Schaden durch die Schattenwirtschaft enorm. Allein in Wien werden laut aktueller Berechnung 1,7 Mrd. Euro abseits von Steuern und Sozialabgaben erwirtschaftet.

Pro Jahr entgehen damit der öffentlichen Hand über 1 Mrd. Euro an Einnahmen. Das geht aus einer aktuellen Untersuchung der KMU Forschung Austria im Auftrag der Wirtschaftskammer Wien hervor. Wien liegt beim Anteil der Schattenwirtschaft am Wiener Bruttoregionalprodukt mit 2,6 Prozent zwar deutlich unter dem Österreich-Durchschnitt von 3,6 bzw. dem Schnitt der OECD-Staaten von 13,8 Prozent, dennoch sieht die Wirtschaftskammer Wien großen Handlungsbedarf.

Rund ein Viertel der Schwarzarbeit in Wien entfällt auf das Bau- und Baunebengewerbe. Knapp ein Fünftel auf die Gastronomie und das Beherbergungswesen. Ebensoviele auf Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten – etwa im KFZ-Bereich. Jeweils fünf Prozent entfallen auf das Gesundheits- und Sozialwesen und den Transportbereich. Eine große Rolle spielt dabei der "Arbeiterstrich". Allein auf der Triester Straße bieten sich täglich rund 100 illegale Tagelöhner an.

Selbst Schwerpunktaktionen der Polizei stören diesen hierarchisch strukturierten Schwarzarbeitermarkt nur kurzfri-

stig. Was hier konkret fehlt, sind regelmäßige Kontrollen durch die Behörden.

Wien ein Generalunternehmen

Es zeigt sich, dass sich Ausmaß und Organisation des Pfusches in den vergangenen Jahren stark verändert haben. Teilweise ist der Organisationsgrad von Pfuschern mit jenem eines Generalunternehmens vergleichbar. Darüber hinaus erfolgt die Leistungserbringung nicht mehr ausschließlich abends oder am Wochenende. „Neue“ Arbeitszeitformen in der Wirtschaft wie die Vier-Tage-woche oder eine flexible Zeiteinteilung, die eigentlich der Erholung und Entlastung der Mitarbeiter dienen, begünstigen die Leistungserbringung auch während der "offiziellen" Arbeitszeiten.

Öffentlicher Hand entgeht über 1 Mrd. Euro

Die Geschädigten der Schattenwirtschaft sind neben den Unternehmern vor allem die öffentliche Hand und letztlich auch die Auftraggeber.

Grotesk wird aber die Situation besonders dadurch, dass der „schwarzarbei-

tende Betrieb“ - der keine Steuern zahlt, und daher Leistungen billiger anbieten kann. Damit wird ein fairer Wettbewerb verhindert. Zusätzlich genießen aber dessen Arbeitnehmer – obwohl gar keine Konzession vorliegt den vollen sozialen Schutz.

Zusätzlich könnten ca. 35.000 Arbeitsplätze in der sog. „offiziellen“ Wirtschaft entstehen. Besonders nachteilig: ohne Rechnung gibt es keine Garantie, weder Gewährleistung noch Haftung. Die gesetzlichen Bestimmungen sind hier besonders hart und ziehen den Auftraggeber persönlich zur Verantwortung. Dieser unterliegt der gleichen Strafdrohung wie der unbefugte Tätige.

Gefahren

Wesentliche Formen des Pfusches sind: die unbefugte Gewerbeausübung (ohne Gewerbeschein), die Schwarzarbeit/ Sozialbetrug (Beschäftigung von Arbeitnehmern ohne Anmeldung zur SV), illegale Ausländerbeschäftigung, Steuer- und Beitragshinterziehung.

• Oberst Willibald Plenk

Filzstift knackt Hoteltüren



Hacker haben eine Methode zum Knacken von Hotelzimmer Schlössern, welche mit Scheckkarten-Schlüsseln funktionieren, entwickelt. Bereits im Juli dieses Jahres demonstrieren sie wie ein Arduino Mikrocontroller dazu verwendet werden kann, ein Hotel-Türschloss zu entsperren.

Die Herstellerfirma tat die Methode damals als unzuverlässig ab. Jetzt haben andere Hacker die komplette Technologie in einen Filzstift integriert, mit dem die Karten-Türöffner innerhalb von Sekunden entsperren werden können.

Im Internet gibt es mittlerweile ebenfalls Anleitungen zum Entsperren einiger Schlösser. Die Systeme sind mechanisch gut, teilweise aber schon über 20 Jahre alt und entsprechen nicht dem aktuellen Sicherheitsstandard. Natürlich braucht es dafür in gewisses Maß an Hintergrundwissen, um das System zu knacken. Doch das scheint bei den einschlägigen Kriminellen kein Problem zu sein. Eine weitere Gefahr ist, dass Einbrecher so einen Generalschlüssel erhalten, der alle Türen entsperren. Das System ist in vielen Hotels, auch bei den großen Ketten, verbaut. Das Austauschen ist in jedem Fall mit grossem finanziellen Aufwand verbunden.

Einfacher Trick

Die Hacker haben einen einfachen Trick entwickelt, um die elektronischen Schlösser zu entriegeln. Aus einem Arduino-Controller wurde eine Art digitaler Papagei gebastelt. Über einen Eingang, der unten am Schloss angebracht ist und

normalerweise der Anfertigung von Masterschlüsseln dient, liest die Konstruktion den unverschlüsselten Mastercode des Schlosses aus. Sie wiederholt diesen einfach, um die Tür zu entriegeln. Durch die Integration der Technologie in einen Filzstift können die Türen jetzt durch einen kurzen Druck des Stifts in eine Öffnung an der Unterseite der Schlösser geöffnet werden.

Der betroffene Schloss-Typ ist schätzungsweise in vier Mio. Hotelzimmern weltweit im Einsatz. Die entsprechende Firma hat im August auf die Sicherheitslücke reagiert und angekündigt, Möglichkeiten zum Verschluss der Öffnung, durch die der Hack funktioniert, anzubieten.

Auch neue Schlösser, bei denen die Schwachstelle behoben ist, bietet das Unternehmen betroffenen Kunden an. Die Kosten für die Beseitigung des Problems müssen allerdings die Hotelbetreiber übernehmen.

Unauffällige Einbrecher

Mit dem Stift können sich potenzielle Einbrecher unauffällig Zutritt zu vielen Hotelzimmern verschaffen. Das kurze Hantieren mit dem Stift im Flur eines Hotels lässt sich im allgemeinen kaum vom normalen Entsperren der Tür unterscheiden. Nun wäre es Zeit, dass auch die Hotelbetreiber anfangen Druck zu machen. Alte Schließsysteme, die nicht dem aktuellen Stand entsprechen, sind ein Risiko. Hier besteht dringender Handlungsbedarf und dies nicht erst, wenn es zu ernststen Sicherheitsproblemen kommt.

Einmal Polizist, immer Polizist

Im Kino als Fiktion gedacht - am 9. August wurde es am Währinger Gürtel in Wien 18. Realität.

Marielle MÜNZER, Revierinspektorin in der PI Martinstraße befand sich auf Ermittlungsdienst, als sie in der U-Bahnstation Währinger Gürtel wahrnahm, dass ein Mann aufdringlich auf Frauen zugeht und ihnen offenbar etwas anbot. Er kam auch auf Kollegin Münzer zu und bot ihr Parfum an. Er kam an die falsche. Als sie jedoch ihre Polizeikarte zeigte und ihn zur Ausweisleistung aufforderte, ergriff der Mann, der später als Kolomann B., 36 Jahre alt, identifiziert wurde, mit den Worten "nix Polizei - nix Zapzarap" Richtung U6 Station die Flucht. Münzer konnte ihn einholen und griff sich im Laufen dessen verschwitztes T-Shirt, das bis zum Zerreißen lang und länger wurde. Erneute Flucht. Kolomann B. rannte



Rvlin Mariella Münzer seit 1994 als Polizistin in Wien tätig, seit 2010 PI-Ermittlerin in der PI-Martinstraße. Sie wurde schon zwei Mal bei Festnahmen verletzt. Rudolf Wunder, Oberst i.R., ehemals Kommandant des Polizeigefangenenhauses, ist im 77. Lebensjahr!

eine ältere Dame um. Er konnte wieder festgehalten werden, die mit rabiater Gegenwehr beantwortet wurde. Nun erschien der pensionierte Kollege, Rudolf WUNDER, Obst. i.R., auf der Bildfläche. Gemeinsam konnte man Kolomann B. so recht und schlecht halten. Gemeinsam wurde der sich Widersetzende fixiert bis Verstärkung eintraf. Oberst Wunder: "Ich sah eine Frau in Bedrängnis und wollte ihr spontan helfen. Dass sie eine Polizistin ist, erfuhr ich erst im Laufe des Gerangels" und weiter "Erstaunlich, wie reaktionsschnell sich die Kollegin verhielt. Während der Rangelei telefonierte sie, um Verstärkung anzufordern". Aufmerksamkeit im Dienst, Einsatzwillen und die nötige Portion Mut, das hat Kollegin Münzer, durch diese Amtshandlung bewiesen. Zivilcourage – das ist was Oberst Wunder auszeichnet. Polizisten bleiben offensichtlich Polizisten, auch wenn sie pensioniert sind. Übrigens, der Festgenommene ist bereits wegen Diebstahls von Toilettenartikel polizeibekannt und war zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben.

Die Parallelwelt der Mhallamiye-Clans

„Von etwa 25 arabischen Großfamilien in Berlin, die jeweils 50 bis 500 Mitglieder zählen, gelten sechs als besonders kriminell“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Es geht um kurdisch-libanesishe Clans, die die Ermittler in Atem halten.

Rückblick auf Vorfälle, die symptomatisch sind, für die Schattenwelt dieser ethnischen Gruppe: Am 18. Oktober 2008 wird in Berlin ein 77-jähriger Tourist von einem 6-er-BMW, der mit hohem Tempo bei roter Ampel über die Straße rast, erfasst und tödlich verletzt. Der Fahrer flüchtet. Auf die Spur des Todesfahrers kommt die Polizei relativ schnell, denn es gibt in Berlin nicht sehr viele Exemplare des 120.000-Euro-Flitzers. Eigentümer ist ein 41-jähriger Deutscher, der jedoch das Fahrzeug nicht nutzt - ein Strohhalm. Der eigentliche Besitzer der Luxuskarosse ist ein Libanese, der aber glaubhaft machen kann, zum Zeitpunkt des Unfalls nicht am Steuer gesessen zu haben. Da er den Nobelschlitten einem Verwandten geliehen hatte, berief er sich - rechtlich einwandfrei - auf sein Zeugnisverweigerungsrecht. Bevor die Polizei alle Spuren zusammengetragen hatte, um den Todesfahrer zu überführen, kam es zu einem weiteren Unfall. Kurz vor Weihnachten desselben Jahres wurden zwei junge Männer bei einem Einbruch erwischt. Sie flüchteten mit dem Auto. Schon nach wenigen hundert Metern kracht das Fahrzeug gegen einen Baum. Beide Insassen sterben. Zwei Brü-

der, deren kriminelles Vorleben ganze Aktenberge füllt. Eine DNA-Analyse bringt es ans Tageslicht: Der 19-jährige Fahrer, der hier den Wagen lenkte, hatte den Rentner todfahren.

Spektakulärer Juwelen-Raub

Nur einen Monat später beschäftigt ein spektakulärer Juwelen-Raub aus der Schmuckabteilung des Noblekaufhauses KaDeWe die Berliner Ermittler. Ins Visier der Kripo geraten aufgrund von DNA-Spuren schon bald Hassan und Abbas O. Doch die beiden können nicht überführt werden - weil sie eineiige Zwillinge sind. Sie haben eine identische DNA, aber nur einer der beiden konnte Täter sein. Hasan und Abbas sind Cousins des Todesfahrers Ibrahim O.

In den beispielhaft genannten Fällen fokussierte sich einiges, was die Straftaten aus dem Milieu der sogenannten Mhallamiye-Familien in Verbindung gebracht wird. In Berlin leben rund 4000 Mitglieder dieser Ethnie.

Zweifelhafter Verdienst

Dem "Gangsta-Rapper" Bushido gebührt der zweifelhafte Verdienst, den Clans in

jüngster Zeit ausführliche Medienpräsenz verschafft zu haben. Er selbst hat sein gesamtes Vermächtnis mittels Generalvollmacht an seinen Freund Arafat Abou Chaker abgetreten haben. Der Abou-Chaker-Clan, als dessen Boss Arafat gilt, ist einer neben rund einem halben Dutzend weiterer Großfamilien, die im Bereich der organisierten Kriminalität fragwürdige Berühmtheit erlangt haben. Die Abou Chakers seien „in der Lage, aus dem Stand ein paar Hundert Männer zu mobilisieren, die dann irgendwo auftauchen. Vor Schulen, Restaurants, Clubs, wo auch immer. In Neukölln dominieren sie ganze Straßenzüge, darüber hinaus viele Läden, Imbisse, Geschäfte“, bestätigt Arye Shalazar, Sprecher der israelischen Armee, der den Clan aus Berliner Zeiten kennt. Ein Großteil dieses Clans habe sich in der Neuköllner Kopf- und Morusstraße niedergelassen, weiß der „Berliner Kurier“ zu berichten: „1020 Meter Berlin sind fest in der Hand der Mafia. Sperrgebiet. Die Mehrfamilienhäuser trist und grau, eine hohe Anzahl von Menschen mit Hartz-IV-Einkommen leben hier. Auf der Straße aber parken extradicke Mercedes, aufgemotzte BMW, riesige Ami-Schlitten. Jeder

für sich eine hohe fünfstellige Summe wert.“

Mit welchen Mitteln man zu dem Geld kommt, mit dem sich ein so aufwendiger Lebensstil finanzieren lässt, listete im April dieses Jahres die Magazinsendung „Spiegel-TV“ unter ausdrücklicher Nennung des Namens Abou Chaker auf: „Prostitution, Raubüberfälle, Erpressung, Körperverletzung, Geldwäsche, Drogenhandel.“

Das Kürzel „ABC“

Wie der Zeitung „Die Welt“ vor Kurzem zu entnehmen war, benutzten Insider des Landeskriminalamtes in Berlin das Kürzel „ABC“ für „Angehörige der Familie, die Berlins Unterwelt beherrscht.“

Es stehe „aber auch für den anscheinend aussichtslosen Versuch, die familiäre Bandenkriminalität in der Hauptstadt in den Griff zu bekommen. Verhaftungen, Prozesse und Gefängnisstrafen scheinen knapp 30 Mitglieder des Clans der Abou Chakers nicht nachhaltig zu beeindrucken.“

Aber die Abou Chakers sind nicht die Einzigen,

die in der Stadt ihre Claims abgesteckt haben. Dabei kam und kommt es immer wieder zu Konflikten. Besonders dramatisch, als sich im Jahr 2003 Mahmoud Al-Zein, der sich gern als „Präsident“ titulieren ließ, mit einem Mitgliedern eines anderen Clans aneinander geraten war und daraufhin die Polizei zu Hilfe rief. Nach einem Geplänkel vor einer Diskothek war dem Präsidenten Schlimmes angedroht worden, nun sollte die Polizei die Sache richten. Am 23 April 2003 stürmte ein Spezial Einsatzkommando (SEK) die Wohnung des Kontrahenten. Dieser eröffnete sofort das Feuer. Der 37-jährige Polizeikommissar Roland Krüger wurde tödlich getroffen. Der Täter, Yassin A., wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

Dilemma der Behörden

An der Person des längst „amtsenthobenen“ Präsidenten wird zu einem guten Teil das Dilemma der staatlichen Behörden sichtbar. Das Magazin „Focus“ enthüllte schon vor einiger Zeit: „Mohaidine Al-Zein, genannt Mahmoud oder ‚Präsident‘, laut Polizei eine ‚der einflussreichsten Personen der kriminellen Szene‘, heißt tatsächlich Mahmut U. Und er ist nicht der staatenlose Libanese, als der er 1982 mit seiner Frau nach Deutschland kam, Asyl beantragte und nicht abgeschoben werden konnte. Mahmut U., so fand die Ermittlungsgruppe ‚Ident‘ des Landeskriminalamts Berlin schon 2002 heraus, stammt aus der Türkei. Aber auch dort hin konnte der ‚mehrfach vorbestrafte



Libanesische Kurden flüchteten vor Jahrzenten aus der Türkei

Schwerkriminelle‘ nicht abgeschoben werden, weil sein Heimatland ihn, wie Tausende andere unliebsame Landsleute, wegen vorgeblicher Wehrdienstverweigerung ausbürgerte.“

Die Mhallamiye-Kurden waren vor Jahrzehnten aus dem Südosten der Türkei geflohen und hatten sich zunächst im Libanon niedergelassen. Als dort der Bürgerkrieg ausbrach, flohen sie zu Tausenden vornehmlich nach Westeuropa. Um einer eventuellen Abschiebung zu entgehen, entledigten sie sich, bevor sie den Asylantrag stellten, ihrer Personaldokumente. Ein Taschenspielertrick, der bis heute Wirkung zeigt.

Parallelwelt

Das Binnenleben der Clans wird gerne

mit dem Begriff Parallelwelt umschrieben. Dazu gehört auch, dass sie nach ihren eigenen Regeln leben. Streitigkeiten tragen sie mit Gewalt aus oder sie überlassen es einem Friedensrichter aus ihren eigenen Reihen, auf Grundlage der Scharia „Recht“ zu sprechen. Keine ungefährliche Aufgabe, wie der gewaltsame Tod von Friedensrichter Bassam Alian deutlich macht. Der 36-jährige Libanese wurde am 20. Oktober 2004 mit drei Schüssen in den Oberkörper und in den Kopf regelrecht exekutiert.

Auch deutsche Richter leben gefährlich. Ulrich Pohl, der Anfang dieses Jahres im Landgericht Hildesheim das Mitglied eines kurdisch-libanesischen Clans wegen des Mordes an einem Nebenbuhler lebenslanglich hinter Gitter schickte, musste anschließend unter Polizeischutz gestellt werden.

Tod der Berliner Jugendrichterin

Wie schwer es ist, sich mit dem Milieu auseinanderzusetzen, zeigte der tragische Tod der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig. Sie war auf der Straße Neukölln unterwegs, um sich direkt vor Ort mit den kriminellen Clan-Novizen auseinanderzusetzen. Am 3. Juli 2010 wurde sie erhängt in einem Berliner

Forst gefunden. Hastig diagnostizierte man von offizieller Seite einen Suizid, „dessen Umstände so fragwürdig sind, dass sich der Verdacht eines vertuschten Mordes nicht aus der Öffentlichkeit entfernen lässt“ (Neue Zürcher Zeitung).

Und die Moral von der Geschichte: „Wir brauchen eine spezielle Ermittlungsgruppe, in der qualifizierte Fahnder schon früh kriminelle Strukturen erkennen und enttarnen können“, forderte im April dieses Jahres der Chef des Berliner Landesverbandes des Bundes deutscher Kriminalbeamter (BdK), Michael Böhl In einer solchen Einheit müssten die verschiedenen Bereiche des Landeskriminalamts gebündelt werden.

• Peter Niggel / Berlin

Corleone - Normalität

Cesare Terranova, Ermittlungsrichter, ermordet am 25.09.1979

Foto: Letizia Battaglia

Das kleine Städtchen Corleone, südlich von Palermo gelegen, schmiegt sich idyllisch in die Landschaft, die geprägt ist von weitläufigen Weizenfeldern, Weingärten und den schroffen Bergzacken rundum. Für viele gilt der Ort als das Synonym für Mafia schlechthin.

1969 erschien der Roman „Der Pate“ von Mario Puzo, die Geschichte der aus Sizilien stammenden Mafiafamilie Corleone. Die Verfilmung des Bestsellers durch Francis Ford Coppola mit Marlon Brando in der Hauptrolle steigerte die Popularität des Romans und gleichzeitig die Bekanntheit des Städtchens Corleone. Die Fiktion des Romans wird in Corleone durch die Realität eingeholt. Corleone ist der Geburtsort einiger wichtiger Mafiabosse, allen voran Salvatore (Totò) Riina und Bernardo Provenzano. Beides – Roman und Realität – sind für viele Touristen die treibende Kraft, den Weg in dieses abseits der touristischen Highlights gelegene Gebiet zu machen. Nein, stimmt nicht ganz: der wichtigste Anziehungspunkt heute ist sicherlich CIDMA (Centro Internazionale di Documentazione sulle Mafie e del Movimento Antimafia), kurz "Mafia-Museum" oder auch "Antimafia-Museum" genannt.

Brutale Wirklichkeit

Im Zentrum der Altstadt, auf der Piazza Garibaldi, wird man in der Central Bar von Plakaten und Fotos zum Film „Der Pate“ in sehr volkstümlicher Weise auf das Thema eingestimmt. Wenige Schritte weiter, im Museum, wird man von der Dokumenta-

tion der brutalen Wirklichkeit der Mafia in Sizilien eingeholt. Im Eingangsbereich des Museums ist der riesige Porträtkopf von Totò Riina einem Ausspruch von Richter Giovanni Falcone gegenübergestellt, den beiden Polen Mafia-Antimafia.

Mit einfachsten Mitteln ist man bemüht, den Besuchern die Problematik näher zu bringen. Ein Team von jungen, engagierten Mitarbeitern erklärt bei Führungen in verschiedenen Sprachen die Schau.

1982 wurde der Mafioso Tommaso Buscetta in Brasilien festgenommen und erklärte sich bereit, mit den Ermittlern zusammenzuarbeiten. Auf der Grundlage seiner Aussagen war es der Polizei nun endlich möglich, erste Einblicke in die Strukturen der Cosa Nostra, der Mafia in Sizilien, zu bekommen, die dann in der Folge zu zahlreichen Festnahmen und schließlich ab 1986 zum Maxi-Prozess führten. In diesem Prozess, der beinahe 2 Jahre dauerte, wurden insgesamt 344 Angeklagte zu 2.665 Jahren Haft verurteilt.

Blutiger Krieg

Bis es aber so weit war, forderte ein blutiger Krieg zahlreiche Tote. Opfer, die den wirtschaftlichen Interessen der Mafia-Familien im Weg standen. Vom Zi-

garettenschmuggel ging man zum Drogenhandel über, weitete seine Geschäftsbeziehungen aus (s. „Pizza Connection“, das Standbein der Cosa Nostra in den USA) und insbesondere die Corleoneser beschafften sich zusätzlich Geld durch Entführungen. Richter Cesare Terranova, Präfekt Carlo Alberto Dalla Chiesa oder Ermittlungsrichter Rocco Chinnici sind nur drei auf der langen Liste der Ermordeten im Kampf gegen die Mafia. Diese wollte sich nicht damit abfinden, auf einmal auf Widerstand von Seiten der Ermittler zu stoßen, die man bisher ganz selbstverständlich durch Gefälligkeiten, Erpressung und Korruption in die Aktivitäten einbezogen hatte.

Im Museum werden die Ereignisse durch die eindrucksvollen Schwarz-Weiß-Fotos von Letizia Battaglia geschildert. Die Fotografien, welche heute in Palermo lebt, hat auf ihre Weise die Auflehnung gegen die Mafia-Gesellschaft zum Thema gemacht. Sie zeigen auf der einen Seite Trauer und Armut der einfachen Bevölkerung, auf der anderen Seite das schicke Leben der Reichen und sind gleichzeitig die aktuellsten Aufnahmen, die von den Todesopfern an die Öffentlichkeit drangen.

Bei der Führung erfährt man, dass der

Umkehrpunkt in der Bevölkerung in ihrer Stellung zur Mafia im sizilianischen Alltag die Ermordung der beiden sehr beliebten Richter Giovanni Falcone und Giovanni Borsellino im Mai bzw. Juli 1992 darstellte. Ab diesem Zeitpunkt war es den Menschen klar, dass man gegen die Mafia ankämpfen müsse.

Unschuldige Opfer

Die Chronistin der Ereignisse, Letizia Battaglia, lässt durch ihre Fotos auch die Kinder und Jugendlichen, die unschuldig Opfer der Auseinandersetzungen wurden, zu Wort kommen. Als Beispiel, das Bildnis der toten Rita Atria und das Foto eines Mädchens, das das Bild des jungen Giuseppe di Matteo in der Hand hält.

Rita Atria hatte den Mut gefunden, sich gegen ihre Familie zu stellen und als Informantin den Antimafia-Ermittlern zuzuarbeiten. Mit der Ermordung von Giovanni Borsellino verlor sie ihren väterlichen Freund und Beschützer. Alleingelassen mit ihrer Angst, sah sie den einzigen Ausweg im Selbstmord. Giuseppe di Matteo war der Sohn eines Mafioso, der das Werkzeug sein sollte, mit dem man seinen Vater gefügig machen wollte. Er wurde entführt und schließlich ermordet. Sein Tod geht auf die Rechnung von Giovanni Brusca, einem Mitglied der Corleoneser, der auch die Bombe zündete, die Giovanni Falcone tötete.

Öffentlicher Druck

Der öffentliche Druck auf die Politik nach dem Tod von Falcone und Borsellino führte im Jänner 1993 zur Verhaftung von Totò Riina. Er war einer der brutalsten Mörder der Corleoneser Mafia und stieg im Lauf der Zeit zum Boss der Bosse auf. Nach ihm bestimmte Bernardo Provenzano aus seinem Versteck heraus die Geschicke der Corleoneser, die in diesen Jahren die führende Mafiagruppe der Cosa Nostra war. Provenzano wurde im April 2006 nicht weit entfernt von seinem Heimatort verhaftet. Die Nummer eins in Sizilien ist heute Matteo Messina Denaro aus Castelvetro, um den es aber relativ still ist. Die internationale wirtschaftliche Be-



Der letzte Mafiamord in Corleone geschah 1995

deutung haben die Sizilianer schon längst an die Gruppen in Neapel und Kalabrien abgeben müssen.

Vom Führer erfährt man, dass der letzte Mord in Corleone im Jahr 1995 war, seither ist es ruhig. Journalisten und vielleicht auch Touristen hätten gerne Sensationen, die kann Corleone heute aber nicht mehr bieten, das internationale Zentrum CIDMA kann unbehelligt seiner Aufgabe nachgehen. Für die Führer im Museum "ist das Gegenteil von Mafia nicht Anti-Mafia, sondern Normalität".

Libera Terra

In anderer Weise lässt die Region nun aufhorchen, verschiedene Initiativen schaffen Arbeitsplätze für die Bewohner der Gegend: Bei der Verhaftung eines Mafioso werden seine Besitztümer vom Staat eingezogen und die Anwesen werden in



Heute ein touristischer Anziehungsort

Anti-Mafia-Organisationen wie "Libera Terra" (freies Land) verwandelt. Im Raum Corleone konnten so im Laufe der Zeit einige Weingüter konfisziert werden, die heute von einer Kooperative bewirtschaftet werden, biologisches Gemüse wird angebaut und die Betreiber bewerben ihre Produkte mit: "Der Geschmack der Freiheit".

Die Organisation "Addio Pizzo" (gegründet 2004 von einer Gruppe junger sizilianischer Unternehmer, die beschlossen, kein Schutzgeld an die Mafia zu zahlen) betreibt nun auch ein Reiseunternehmen, das die Touristen zu Betrieben führt, die kein Schutzgeld zahlen, aber auch Führungen zu Häusern und Verstecken ehemaliger Mafia-Bosse anbietet - man sieht, die Sensationslust will bedient werden.

Im Juni dieses Jahres hat Wien für Schlagzeilen gesorgt. Im 7. Bezirk gab es ein Lieferservice namens "Don Panino", das auf der Website für seine Produkte mit den Namen von Mafiosi und ermordeten Ermittlungsrichtern inklusive geschmackloser Erläuterungen, geworben hat. Das italienische Außenamt hat aufs Schärfste protestiert. In der römischen Tageszeitung "La Repubblica" warnte der Mafia-Experte der Zeitung, Attilio Bolzoni, in diesem Zusammenhang vor der Verharmlosung des Phänomens Mafia im Ausland: "Die Kriminalität, wird als 'typisch', als 'charakteristisch' dargestellt, es wird zur Folklore, die Österreichern und Deutschen keine Angst einflößt. Auch Lokale mit italienischen Namen wie 'Il Padrino', 'Pizzeria Camorra' oder 'I Mafiosi' bezeugen dies. ... werden ... als 'Tradition' dargestellt, als wären sie ein Erbgut der Menschheit."

Genau dieser Verharmlosung einer Parallelgesellschaft, deren Wirtschaft nicht der Allgemeinheit sondern nur dem Wohle einzelner dient, sollten wir uns immer bewusst sein.

• Mag. Gabriele Röder

Pfuscher unter sich



Schattenwirtschaft hat viele Facetten. Den gewöhnlichen „Pfuscher“ muss man in einer Analyse genauso beachten wie kriminelle Aspekte. Wobei wir nicht vergessen dürfen: Kaum jemand wird Diebe, Betrüger, Einbrecher, Räuber, Dealer und anderes Ganoven-Gesindel auch nur in Ansätzen für ehrbar halten. Beim Pfuscher verhält es sich da schon etwas anders, dessen Ächtung durch die Gesellschaft hält sich in Grenzen. Manche behaupten sogar, der Pfuscher würde zu Österreich gehören wie die angeblich blaue Donau oder die Mozartkugel.

Doch jetzt einmal ganz, ganz ehrlich: Wer hat bei der Reparatur des Autos nicht schon einmal auf die Rechnung verzichtet? Kommt vielleicht die befreundete Friseurin zur Frau Gemahlin ins Haus? Oder ist die nette polnische Putzfrau angemeldet? Wie war das mit dem Tapezierer? Und dem Fliesenleger?

24 Milliarden ins Tascherl

Die erwähnten Punkte muten nach Peanuts an. Doch addiert man alle nur erdenklichen Posten, kommen nach seriösen Schätzungen unterm Strich 24 Milliarden Euro zusammen, die sich Pfuscher hierzulande klammheimlich ins Tascherl stecken. Dehnt man diese Hochrechnung auf den gesamten EU-Raum aus, so kommt der Linzer Wirtschaftswissenschaftler Friedrich Schneider auf 2,15 Billionen Euro. Die ertragsreichste Schattenwirtschaft ist in Deutschland zugange, mit 351 Milliarden Euro, wobei ihr Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung bei 13 Prozent liegen dürfte (Österreich: acht Prozent; Bulgarien: 31 Prozent).

Die eingangs aufgezählten Beispiele be-

treffen gewissermaßen den privaten Bereich. Geht es nach Arbeiterkammer (AK) und Krankenkasse, wird in bestimmten professionellen Sparten ebenso professionell gefuscht.

Schattenseiten

Als Spitzenreiter gelten die Gastronomie und das Baugewerbe. Bei der AK neigt man sogar zu der Ansicht, dass etwa 45 Prozent der Gasthäuser „Tatorte“ wären, in denen sozusagen organisierter Sozial- bzw. Lohn- und Steuerbetrug stattfinden soll, weil Löhne und tatsächlich geleistete Arbeit nicht übereinstimmen würden. Eine von der AK angestellte Hochrechnung macht deutlich, dass die Schattenwirtschaft auch für die Beteiligten ihre unmittelbaren Schattenseiten hat: Denn wer etwa fünf Jahre nicht und zehn Jahre falsch angemeldet ist, würde bei der Pension letztendlich rund 100.000 Euro € einbüßen, heißt es.

Lassen wir den Pfuscher beiseite, widmen wir uns der „richtigen“ Kriminalität. Denn speziell bestimmte Formen des organisierten Verbrechens sind untrennbar mit der (Schatten-)Wirtschaft verknüpft, fließen ihre Erträge doch auf verschlungenen Wegen (Stichwort: Geldwäsche) in den regulären Wirtschaftskreislauf (zurück) und führen so zu Wettbewerbsverzerrungen in gar nicht mehr feststellbaren Dimensionen. So ist die Summe aller Fälle von Wirtschaftskriminalität (ein auch sehr facettenreiches Kapitel, Anm.) in der Kriminalstatistik keine wirkliche Größe, nach Ansicht des deutschen Bundeskriminalamtes ist sie aber für die Hälfte des gesamten durch Verbrechen aller Art verursachten Schadens verantwortlich, der in

der Statistik ausgewiesen wird.

Scheinrechnungen und Schmiergelder

Einige weitere Beispiele, deren (geschätzte) Ausmaße zumindest meine Vorstellungskraft, wie viel Geld das eigentlich wirklich ist, weit übersteigen:

Laut Interpol krallten sich Internet-Betrüger in Europa im vergangenen Jahr 750 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Zugleich streiften Menschenhändler laut UNO weltweit mehr als 24 Milliarden Euro ein; mit gefälschten Produkten wurden 192 Milliarden Euro erwirtschaftet; der Rauschgifthandel brachte knapp 250 Milliarden Euro ein. Die Auflistung ließe sich beliebig fortsetzen, ich denke da nur an die derzeit allgegenwärtigen Korruptionsvorwürfe, bei denen Scheinrechnungen und Schmiergelder ebenso eine Rolle spielen wie Politiker und Manager staatsnaher Betriebe. Wobei ich zugebe: Einige Zahlen sind nicht nachvollziehbar, widersprüchlich und nicht „stimmig“, auch wenn sie aus Aussendungen verschiedenster angesehener Organisationen stammen beziehungsweise nach deren Angaben publiziert wurden. Aber eigentlich ist die wahre Größenordnung auch egal. Bedenklich stimmt sie allemal, vor allem wenn man sich vor Augen führt, dass das österreichische Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen 2012 bei rund 307 Milliarden Euro lag. Ob es da eine Rolle spielt, wenn die Friseurin der Frau Gemahlin um 20 Euro „reicher“ den Heimweg antritt – das muss wohl jeder mit sich selbst ausmachen.

• peter.grolig@kripo.at

Sicherheitskonferenz

Die Frage, wo die Zukunft hingeht, ist seit „Quo vadis?“ nicht neu. Üblicherweise erstrecken sich Vorschauen auf ein paar Monate, maximal wenige Jahre. Das „Kuratorium Sicheres Österreich (KSÖ)“ blickte bei seinem am 12. September im Kongresscenter der Reed Messe Wien abgehaltenen Sicherheitskongress sehr weit in die Zukunft. Der Titel sagt es bereits: 2030.



Wo wird uns das digitale Zeitalter hinführen? Wo wird die digitale Welt in 17 Jahren stehen? Welchen Möglichkeiten und Gefahren werden wir begegnen? Den Versuch einer Antwort (denn sicher kann es niemand sagen) gaben hochrangige Wissenschaftler und Manager der Branche. Smart Living, Cloud Computing und Big Data, digitale Identitäten, Partizipation und eGovernment waren die Schlagwörter der Vorträge, Panels und Diskussionen. Dass man selbst solche, für den Laien fremdartig klingende Themen, allgemein verständlich darbieten kann, zeigte Prof. Dr. Viktor Mayer-Schönberger. Sein Vortrag, der erklärte, dass ohne das Sammeln von Daten heute nichts mehr geht, fand allgemeine Bewunderung. Prof. Karl Rose präsentierte die vom KSÖ und BMI beauftragte Studie mit dem Titel „Mit Sicherheit in die technologische Zukunft“, in der die Möglichkeiten und Gefahren der digitalen Welt bis 2030 behandelt wurden. Christian Kletzl, Vizepräsident von IBM, zeigte die Bedeutung des Clouds, der gleichzeitig Sicherheit bietet, aber auch Angriffspunkt ist, auf. Andrew Cushman, Senior Direktor von Microsoft, bewies den Untergang der analogen Welt.

Die Bedeutung des Kongresses bewies die Anwesenheit von der Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner und einer großen Anzahl führender österreichischer Beamter und Manager.

Den Gefahren der digitalen Welt kann nur eine Phalanx von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft begegnen, so der allgemeine Tenor. Dem KSÖ ist zu verdanken, dass diese Verbindung in Österreich auf bestmöglichem Stand ist.

Das Marathonduell Erster Fall für Mayer&Katz

Sabina Naber

Während des Wien-Marathons ermordet ein Mann seine Verlobte. Ein Krimi, der im ersten Kapitel den Mord beschreibt, um den sich die gesamte Handlung dreht, ist eher außergewöhnlich, noch dazu lässt die Schilderung kaum Zweifel an Täter und Tathergang.

Rasch wechselt die Erzählung zu einer zweiten Ebene, der Leser ist zum Mitdenken aufgefordert. Die Autorin baut die Geschichte in den beiden Erzählsträngen „Marathon“ und „Ermittlung“ auf, die einander in kurzen Abschnitten abwechseln, das Netz immer enger knüpfen. An manchen Stellen fragt sich der Leser, ob nicht doch alles ganz anders gewesen sein könnte, wird aber rasch wieder zurück zum roten Faden des Buchs geführt. Sympathisch ist der Schluss der Geschichte aufgebaut, denn die Autorin versagt sich eine detaillierte Beschreibung der Szene und lässt dem Leser Raum für eigene Fantasien.

Ungewöhnlich und fesselnd bis zur letzten Seite.

Gmeiner-Verlag 2013, ISBN 978-3-8392-1379-7

